

Sehr geehrter Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,
die „Aktiven“ begrüßen, dass in der öffentlichen Verwaltung sich die Rechnungslegung, dem wirtschaftlichen Geschäftsleben angeglichen hat. Mittelfristige Ziele sind dabei

- die Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen
- der Abbau von Schulden der Stadt und ihrer kommunalen Gesellschaften
- die Stärkung der Innenbereiche der Kernstadt und der Stadtteile
- ein bedarfsgerechtes Betreuungs- und Bildungsangebot
- und eine Verkehrsführung, -minimierung oder – lenkung.

Ohne auf die Ergebnisse von 2014 eingehen zu wollen, wurde bei der Haushaltsklausur deutlich, dass zahlreiche Maßnahmen nicht zeitnah ausgeführt werden konnten, da es, laut Aussage der Verwaltung, an ausreichendem Personal mangelt oder der Haushalt so spät beschlossen wurde, dass bestimmte Maßnahmen nicht mehr umgesetzt werden konnten.

Haushaltspolitisch hat das natürlich zu einem befriedigendem Ergebnis geführt, aber man muss **zukünftig das Wünschenswerte und das Machbare der tatsächlichen Verwaltungsleistung anpassen**, damit in der Bevölkerung nicht Hoffnungen erweckt werden, die dann nicht umgesetzt werden können. Im Haushaltsplan 2015 wird ein Ergebnishaushalt mit einem Plus von 3,3 Millionen erwartet und die Abschreibungen in Höhe von rund 4,9 Millionen werden voll erwirtschaftet. Der Finanzhaushalt erwirtschaftet damit insgesamt 6,7 Millionen Überschuss, nach Abzug der Finanzmittel für Investitionen und Finanzierungen, verbleibt ein Überschuss von ca. 300.000,- Euro, wobei mit einem besseren Ergebnis gerechnet werden kann, wenn wie ja bereits ausgeführt, oft verschiedene Maßnahmen nicht zeitnah durchgeführt werden. Mittelfristig ist auch geplant den hohen Schuldenstand pro Einwohner, ohne Beteiligungsgesellschaften, für die mit über 60 Mio. Bürgschaften gezeichnet sind, von derzeit 797,- Euro

pro Einwohner , langfristig auf 535,- Euro zu senken, damit auf dem Landesdurchschnitt.

Hinter diesen nackten Zahlen verstecken sich konkrete Einnahmen und Ausgaben. Wichtig ist für die Stadt Bretten, wie auch im privaten Leben, dass man die Einnahmen sichert oder vielleicht auch steigert. Dies sollte aber in aller Regel nicht dadurch passieren, dass die Bürger zusätzlich belastet werden.

Positiv ist anzumerken, dass die **Grundsteuer A und B nicht erhöht** werden und dass durch gesteigerte Bautätigkeit diese auf insgesamt 3,9 Millionen steigt. **Auch der Gewerbesteuersatz bleibt unberührt.**

Gravierend wurde nur die Vergnügungssteuer angehoben und dem neuen gesetzlichen Rahmen angepasst. Was bei den Einnahmen noch hervorsteicht, ist die enorme Steigerung der Bußgelder von 360.000,- Euro im Jahre 2014 auf 900.000,- Euro im Jahre 2015. Zurückzuführen ist dies auf die Messanlagen am Alexanderplatz, aus städtischer Sicht ein Glücksfall, für die Autofahrer eine weitere Abzockungsstation. Die Verkehrssicherheit hat sich auf jeden Fall nicht verbessert.

In der Klausurtagung wurde bemängelt, dass es in Bretten zu wenig besser verdienende Bürger ihren Wohnsitz nehmen, Stichwort: Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer. Weshalb es unsere gemeinsame Aufgabe sein muss, Bretten attraktiv zu halten bzw. die Attraktivität zu steigern. Dazu gehört eine **vernünftige Infrastruktur**, aber auch Bauplätze und die Möglichkeit der Ansiedlung von Wirtschaftsbetrieben. Was macht aber jemand, der sich, wie vielleicht ein Kinderarzt, in Bretten niederlassen will. Er schaut ins **Internet. Und der Auftritt der Stadt Bretten ist dabei unterirdisch/steinzeitlich.** Wir begrüßen deshalb die Aktivitäten zur Neugestaltung und hoffen auf einen großen Wurf.

Unter der Überschrift „**Stadtmarketing**“ sollte man die Aktivitäten bündeln bzw. erweitern. Für das Stadt - Jubiläum wurde jetzt eine neue Stelle, ich nenne sie mal Marketing-Stelle, geschaffen, der es gelingen sollte, die Interessen von Stadt, Kultur, Wirtschaft und Handel in

Einklang zu bringen. So könnte diese Stelle auch über das Jubiläum hinaus eine wichtige Rolle für die Außendarstellung von Bretten spielen.

Im Zusammenhang mit der zur Verfügung Stellung von Bauplätzen, fällt den „Aktiven“ auf, dass die Verwaltung zurzeit mit 25 **Bebauungsplanverfahren** immens gefordert ist. Hier müssen zukünftig Schwerpunkte gebildet werden, und es kann nicht sein, dass Bebauungspläne bzw. Verfahren wie in Neibsheim fast 10 Jahre dauern, während in der Nachbargemeinde Gondelsheim in kurzer Zeit über 100 neue Bauplätze entstanden sind.

Bei Verfahren im innerstädtischen Bereich, wie z.B. „Am Husarenbaum“ oder „Am Schänzle“ erwarten wir **mehr Bürgernähe und mehr Sinn für die moderne Architektur**. Strenge Vorschriften bei Geländern oder Absturzsicherung, Vorschriften für die Gestaltung von Vorgärten oder die Einschränkung von Flachdachbauten locken keine neuen Bauherren, oder ermöglichen Immobilien zeitgerecht umzubauen. **Bauwillige in Bestandsgebieten dürfen nicht schlechter gestellt werden** als Bauwillige in Neubaugebieten, denn sonst verfallen uns auch die alten Wohngebiete.

Zur Erhöhung von Steuereinnahmen trägt aber auch die Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten bei. Dabei darf aber auch nicht die **Bestandspflege und Fortentwicklung der in Bretten angesiedelten Handel, Handwerk, Gewerbe und Industrie** vergessen werden. In Gölshausen haben wir die Erweiterung auf den Weg gebracht, jetzt heißt es das Fibron/Mellert-Gelände mit Leben zu erfüllen. Hier sollten noch in diesem Jahr die ersten Namen von echten Interessenten genannt werden, das sind wir nach der Diskussion um den Moschee-Bau der Bevölkerung schuldig.

„**Die Aktiven**“ begrüßen die **Eröffnung der Weißhofer Galerie** nach 5 Jahren Leerstand. Dieser Leerstand und die weitere Ausdehnung von Einzelhandelsflächen, z.B. an der Wilhelmstraße, haben deutliche Spuren bei Handel und Gastronomie hinterlassen. Erhebliche

Umsatzeinbußen mussten vom Einzelhandel verkraftet werden. Wir **danken an dieser Stelle dem Einzelhandel** für das Durchhaltevermögen und hoffen, dass **der Magneteffekt der Weißhofer Galerie** sich auf den gesamten innerstädtischen Handel auswirkt und jetzt noch leerstehende Gewerbeflächen einen neuen Nutzer finden. Wir danken der VBU für die zahlreichen Hinweise zur Steigerung der Attraktivität der Innenstadt .Themen

wie Verkehr in der Fußgängerzone,

Sauberkeit oder

Erreichbarkeit und Ausschilderung der Innenstadt

seien hier beispielhaft genannt.

Durch eine **einkaufsfreundliche Parkgebührenregelung** hat der Gemeinderat den Neustart in der Innenstadt unterstützt. Herr Bohmüller sei Dank für sein Engagement, aber es wäre für die Realisierung des Objektes wohl förderlicher gewesen, wenn man örtliche Planer und Ingenieure /Projektsteuerung beauftragt hätte. Wir, „die Aktiven“, bitten die Verwaltung und die städtischen Gesellschaften, zukünftig darauf zu achten, dass solche Aufträge im Rahmen des gesetzlich zulässigen **innerhalb Bretzens an erfahrene, ortskundige Planungsbüros vergeben** werden, da bei Vergabe von späteren Bauleistungen oft rechtliche Vorgaben, eine Vergabe an Brettener Betriebe nicht ermöglicht.

Für **die innerörtliche Verkehrsführung** bedarf es jetzt eines **Gesamtkonzeptes**, das vielleicht durch das Verfahren des integrierten Stadtentwicklungskonzept unterstützt werden könnte. Was das Areal „Sporgasse“ angeht, so erinnern wir an unsere Anträge zur Installation von Stromtankstellen für E-Bikes und E-Mobile, um hier auch der modernen Mobilität eine Andockstation zu geben.

Um die Verkehrsbelastung in den innerstädtischen Straßen zu reduzieren, muss es oberstes Ziel sein, den **Durchgangsverkehr aus Bretten zu verbannen**. Deshalb fordern wir zum wiederholten Male, die Planungstrasse für eine **Südümgehung**, um mögliche Ausdehnungen

von Rinklingen, Dürrenbüchig oder der Kernstadt hierbei zu berücksichtigen.

Weitere Schlagworte seien:

das Parkdeck im Sporgassengelände zur Verbesserung der Parkraumsituation

Ein innerstädtisches Verkehrskonzept für die Lösung des Problems Georg-Wörner Straße,

die Um-/Planung der jetzt in städtischer Hand befindliche Weißhofer- und Pforzheimer Straße.

Zur Infrastruktur gehörte aber auch z.B. der Bereich Kindergarten, Schulen oder Altes gerechtes Wohnen. Bei den Kindergärten wurde die **Übernahme von 80% des Abmangels der Betriebskosten**, eine Steigerung von 15 %, beschlossen, als eine weitere Unterstützung der Kindergartenträger. Wobei wir von Seiten der „Aktiven“ bemängeln, dass die Brettener Firmen sich hier zu wenig beteiligen bzw. keine eigenen **Betriebskindergärten** ins Leben rufen, um auf dem anderen Weg auch wieder Fachkräfte an den Wirtschaftsstandort Bretten zu binden. Im Zusammenhang mit der **Belegung der Kitaplätze** erinnern wir an unseren Antrag, hierzu eine besondere **Online- Software** anzuschaffen, wie z.B. in der Stadt Karlsruhe, so dass es nicht zu Doppel- oder Mehrfachbuchungen kommt und so die Ressourcen vernünftig verwaltet werden können.

Im Haushaltsplan sind für die Sanierung und für die Umbaumaßnahmen der verschiedenen Brettener Schulen, Beträge von rund 1,5 Millionen eingestellt, auch das ist wichtig für die Schulstadt Bretten. Hierbei müssen wir darauf achten, dass auf **die städtischen Schulen auch technisch dem neuesten Stand** sind, vergleichbar mit den Beruflichen Schulen, Hierzu gehört auch das **schnelle Internet**, dass für Schule und Industrie heute eine Selbstverständlichkeit sein sollte.

Wir müssen auch an die älter werdende Generation denken, und deshalb halten wir es für sinnvoll, die Überlegungen für Wohnungen im

Bereich Sporgassen-Bereich weiter zu verstetigen. Wir könnten uns ein **zweites Seniorenzentrum** an der Sporgasse vorstellen, zumindest Seniorengerechtes Wohnen.

„Die Aktiven“ begrüßen, dass der Landkreis auch in Bretten ein Pflegestützpunkt einrichtet und die Stadt hierfür die Räumlichkeiten zur Verfügung stellt.

Die medizinische Versorgung spielt zukünftig eine noch wichtigere Rolle und hier müssen Überlegungen wie **ein Ärztehaus** mit in die Zukunftsplanungen einbezogen werden. Bei der Suche nach einem Kinderarzt hätten wir uns eine bessere Unterstützung von Beginn an erwünscht, nun wird er wohl in Oberderdingen sich nieder lassen

Zu einer guten Infrastruktur/Medizinischen Versorgung gehört aber auch ein gutes Rettungswesen, und wir, „Die Aktiven“, könnten uns vorstellen, dass man auf dem ehemaligen Blusch-Gelände ein neues **Rettungszentrum für Bretten** ins Auge fasst. Zwar gibt es heute noch eine funktionierende Struktur der Feuerwehren. **An dieser Stelle sei allen ehrenamtlich Tätigen in den verschiedenen Vereinen und Organisationen gedankt**; aber das Thema demografischer Faktor und die geforderte Spezialisierung wird auch in Bretten zu einer hauptamtlichen Ausrichtung der Feuerwehr führen. Ein modernes Rettungszentrum mit Feuerwehr- und Rettungsdienst auf dem ehemaligen Blusch-Gelände könnten wir uns als wünschenswerte Konstellation vorstellen.

Mit dem integrierten Stadtentwicklungskonzept und der Einbeziehung der Bürger in die zukünftigen Planungen der Stadt Bretten, ist ein Schritt zu **mehr Transparenz** sichtbar. Wir „Die Aktiven“ fordern aber auch eine weitere Transparenz, bei den **städtischen Ausschüssen** und **städtischen Gesellschaften einschließlich den Stadtwerken**. Es ist zu überlegen, ob die verschiedenen Ausschüsse nicht auch in einen **öffentlichen** und nicht öffentlichen Teil aufgegliedert werden sollten, da dadurch z.B. solche Problematiken wie in der Reuchlinstraße - Kantstraße, vermieden werden könnten.

Auch sollten im gesamten Gemeinderat **vierteljährlich detaillierte Berichte der städtischen Gesellschaften und der Stadtwerke, die ja**

auch eine 100%ige Städt. Gesellschaft sind, vorgelegt werden. Gerade die Kommunalbau GmbH als Instrument der Wirtschaftsförderung ist hier gefragt. Bei der Beratung und Beschlussfassung sind nur Teile des Gemeinderates immer aktuell informiert und nicht nur ich, würde vielleicht hinterfragen, was der Kauf einer Tanzschule mit dem Thema Wirtschaftsförderung zu tun hat.

Gerade auch die Baumaßnahmen in der Weißhofer Galerie von rund 5 Millionen, wären es sicher wert gewesen, im Gemeinderat zeitnah die Fortschritte bzw. auch die Probleme zu erläutern und sich vielleicht auch Rückendeckung für die eine oder andere Maßnahme zu holen. Denn wenn einmal etwas richtig schief gelaufen ist, bezahlt es, bildlich gesprochen, letztendlich der Gesamtgemeinderat der dafür auch dann geradestehen muss.

Das gilt auch und insbesondere für die Stadtwerke. Hier wird man immer wieder als Aufsichtsrat darauf hingewiesen, dass man eine gewisse Verschwiegenheitspflicht habe. Wenn man dann aber in der Öffentlichkeit gefragt wird, warum die Stadtwerke den Strompreis nicht senken, wie andere Stadtwerke, weil die Steuer sich reduziert hat, dann kann man nur auf den Geschäftsbericht z.B. von 2013 verweisen, wo auf Seite 12 steht, „Aufgrund der negativen Ergebnissen in den vergangenen Jahren ist die Bonität der Stadtwerke Bretten gesunken. Dies kann derzeit noch durch die Bürgschaften der Stadt Bretten ausgeglichen werden.“ Auch das riesen Bauvorhaben Thema Hallenbad, das der Gemeinderat für 16 Millionen beschlossen hat, läuft eigentlich am Gesamt-Gemeinderat vorbei.

Wie sieht es mit den zukünftigen Betriebskosten aus? Hat der Gemeinderat politisch was „tolles“ beschlossen, finanztechnisch sich aber ein Problem eingehandelt?

Peinlich für einen Aufsichtsrat ist es dann, wenn man in Bretten darauf angesprochen wird, was denn mit der Sprunganlage im Hallenbad los sei und warum das Becken versetzt werden muss. Hier kann es zukünftig nicht sein, dass der Ober-Bürgermeister als Aufsichtsratsvorsitzender dann irgendwann die Öffentlichkeit „informiert“, während die Aufsichtsratsmitglieder bzw. Gemeinderäte zum Schweigen verdonnert sind.

Wir, „Die Aktiven“, treten somit für mehr Transparenz bei Ausschüssen, städtischen Gesellschaften einschließlich der Stadtwerken ein, und hoffen, hier Unterstützung von den anderen Fraktionen zu erhalten, bevor die Landesregierung ihr Transparenzgesetz durchsetzt, und damit uns quasi zu den geforderten Überlegungen zwingt.

Abschließend möchte ich noch auf ein Thema eingehen, das uns alle noch jahrelang beschäftigen wird, aber in diesem Haushalt noch keinen richtigen Niederschlag gefunden hat, nämlich die **Anschlußunterbringung der Asylbewerber**. Hier müssen erste Zahlen erhoben werden und rechtzeitig Planungen in Gang gesetzt werden. Hierbei ist die Bevölkerung miteinzubeziehen, denn wenn Neubauten entstehen bzw. entstehen müssen, ist die Standortfrage eine wichtige. Auch stellt sich die Frage, ob die Anschlussunterbringung auch in den Stadtteilen durchgeführt werden muss. Aber nicht nur diese logistischen Fragen muss man sich stellen, sondern man muss auch Themen, wie Sprachförderung, Integrationsarbeit usw. auf die Tagesordnung nehmen. Die lobenswerten Initiativen des DAF oder der fam werden nicht ausreichen. Hier wird die Stadt auch finanziell zukünftig gefordert sein, der Haushalt 2016 muss hier schon erste Zahlen erhalten. Wir, „Die Aktiven“, hoffen, dass Bund und Land ihrer Verpflichtung nachkommen und die Gemeinden nicht im Regen stehen lassen, mit diesem immensen Kosten, mit denen wir zu rechnen haben.

Abschließend danken wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für ihre Arbeit in den letzten Monaten, aber besonders der Kämmerei und hier vor Allem Ihnen, Herr Bürgermeister Leonhardt, als Verantwortlichen für die Zusammenstellung des umfangreichen Zahlenwertes. Wir freuen uns, dass Ihr letzter zu verantwortender Haushalt mit positivem Ergebnis abschließen soll oder wird und die Verschuldung weiter zurückgeführt wird. **Die Fraktion der „Aktiven“ stimmt dem Haushalt geschlossen zu.**

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.